

3.4 Alle für eine, eine*r für alle: Demokratie und Ehrenamt (ergänzt!)

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	03.09.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 Für uns bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Und Demokratie ist kein starrer Rahmen, sondern
2 ist einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel wollen wir aktiv im Sinne demokratischer
3 Willensbildung voranbringen. Wir wollen direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung
4 miteinander verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen. Bereits als
5 Opposition konnten wir in den letzten Jahren die rot-rote Landesregierung zu einigen Veränderungen
6 bewegen. So tagen seit 2009 die Ausschüsse des Landtages auf unseren Antrag hin öffentlich und nicht
7 mehr hinter verschlossenen Türen. Ebenfalls auf unseren Antrag hin wurde das Wahlalter in Brandenburg
8 auf 16 gesenkt. Zuletzt konnten wir im Bereich der direkten Demokratie Verbesserungen erreichen. So
9 braucht es zukünftig bei Bürgerbegehren nur noch eine amtliche Kostenschätzung statt eines konkreten
10 Kostendeckungsvorschlags, weiterhin wird das jeweilige Anliegen nicht mehr von der betroffenen
11 Gemeinde, sondern von der neutraleren Kommunalaufsicht auf seine Rechtmäßigkeit geprüft. Im siebten
12 Anlauf konnten wir rot-rot schließlich überzeugen die Kinder- und Jugendbeteiligung obligatorisch in der
13 Kommunalverfassung zu verankern. Für uns gibt es in diesem Bereich aber weiterhin viel zu tun, um die
14 Demokratie in Brandenburg weiter voran zu bringen und auch, um sie gegen deren Feinde zu verteidigen.

15 **Repräsentative Demokratie weiter entwickeln**

16 Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe
17 funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind. Die
18 Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe Einflussnahme auf die personelle
19 Zusammensetzung des Parlaments, sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beteiligung am
20 Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend reformieren, dass
21 zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt wird. Zum anderen
22 sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf die konkrete
23 personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre ist für uns
24 denkbar. Somit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch während der Schulzeit
25 stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte. Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass die
26 erste Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen ist.
27 Bürgermeister*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir parallel zu den Gemeindevertretungen
28 und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren. Stichwahlen und Mindestquoten wollen wir
29 abschaffen und stattdessen ein Rangfolgewahlverfahren einführen.

30 Bei der Gesetzgebung wollen wir die Erfahrungen aus Baden-Württemberg mit der „Politik des Gehört
31 Werdens“ aufgreifen. So sollen auch Bürger*innen Gesetzesvorschläge der Regierung im Zuge der ohnehin
32 stattfindenden Verbändeanhörung kommentieren können. Dies muss in eine Gesamtstrategie eingebettet
33 werden, welche die Anregungen der Bürger*innen mit bestehenden Beteiligungsinstrumenten verzahnt, die
34 nötigen Kompetenzen in der Verwaltung aufbaut und den gesamten Ablauf transparent auf einem
35 Beteiligungsportal zusammenführt. Weiterhin soll die Öffentlichkeit von Sitzungen aller Art durch einen
36 Livestream im Internet, wie es einige Gemeinden bereits tun, vergrößert werden.

37 **Direkte Demokratie zum Durchbruch verhelfen**

38 Die auch von uns angeschobenen Verbesserungen der letzten Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen,
39 dass es die direkte Demokratie in Brandenburg immer noch deutlich schwerer hat als in anderen
40 Bundesländern. Wir wollen die Themen-Ausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie

41 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -Entscheiden eine
42 Kampagnenkostensersatzung von 25cent je Stimme bewilligen. Über Privatisierungen von landesweiter
43 Bedeutung, die im Parlament keine Zwei-Drittel-Mehrheit gefunden haben, soll es obligatorisch einen
44 Volksentscheid geben. Ausgeschlossen sind dabei Privatisierungen, die aus Entscheidungen höherer
45 Ebenen resultieren. Termine von Abstimmungen und Wahlen sollen nach Möglichkeit zusammengelegt
46 werden. Bürgerbegehren sind auch auf Orts- und Stadtebene zuzulassen, wenn das Begehren sich
47 lediglich auf diese bezieht.

48 **Dialogische Verfahren stärker nutzen**

49 Dialogische Verfahren jenseits von Parlament und Direkter Entscheidung helfen gegen
50 Falschinformationen und können Debatten versachlichen. Damit wirken sie Pauschalurteilen, Polarisierung
51 und innerer Emigration vor. Dafür steht eine Fülle von Formaten bereit, welche teilweise auch schon
52 genutzt werden, wie zum Beispiel Bürgerhaushalte, Einwohnerversammlungen oder durch Los bestimmte
53 Zufallsgruppen. Sogenannte aufsuchende Formate, wie sie z.B. in Rahmen des Programms „Soziale Stadt“
54 praktiziert werden, können dabei helfen, eher politik- und bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge
55 Erwachsene und Familien, sowie Menschen mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der Gesellschaft
56 teilhaben zu lassen. Wichtig ist, dass auch die Verwaltung die nötigen Kompetenzen für die
57 Beteiligungsformate erhält. Bereits im Verwaltungsstudium und in späteren Weiterbildungen sollte
58 Bürgerbeteiligung ein Bestandteil des Lehrplans sein. Diese Kenntnisse ermöglichen es, den Wert von
59 Beteiligung zu erkennen und Beteiligungsprozesse souverän zu initiieren und zu gestalten.

60 **DDR-Unrecht weiter aufarbeiten**

61 Knapp 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist eine Aufarbeitung des dort geschehenen Unrechts weiterhin
62 wichtig. Viele der Betroffenen bzw. ehemals Verfolgten leiden bis heute unter den Folgen und müssen
63 unterstützt werden. Zugleich gilt es, die Erinnerung wachzuhalten und hieraus das Bewusstsein für die
64 Demokratie zu stärken. Der Brandenburger Landtag hat insbesondere aufgrund unserer Initiative für eine
65 Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode einen umfangreichen Aufarbeitungsprozess
66 durchlaufen, welcher nach wie vor andauert. Von 2010 bis 2014 setzte sich die Enquetekommission 5/1 des
67 Landtags Brandenburg ausführlich mit dem Thema „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von
68 Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“
69 auseinander. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussionen stehen die Verbesserung der sozialen Lage
70 ehemals Verfolgter sowie das Engagement dafür, dass es auch zukünftig eine BStU-Außenstelle in
71 Brandenburg geben wird.

72 Wir fordern eine fortdauernde und umfangreiche Aufarbeitung von DDR-Unrecht und eine Umsetzung der
73 Empfehlungen der Enquetekommission. Maßnahmen zum Gedenken an das geschehene Unrecht, z.B. in
74 Form von Mahnmalen und Gedenkstättenbesuchen, müssen weiter gefördert werden. Opfer der
75 kommunistischen Gewaltherrschaft brauchen die Unterstützung und Solidarität des Landes bei der
76 Anerkennung, Rehabilitierung und Entschädigung. Wir setzen uns darüber hinaus für den Erhalt einer
77 Brandenburger Außenstelle der Stasi-Unterlagen-Behörde (BStU) in Brandenburg ein.

78 **Ehrenamt**

79 Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Willkommensinitiativen, in Sportvereinen, in der Jugendarbeit, im
80 Kulturbereich, beim Bürgerbus, bei sozialen Organisationen und den Tafeln, im Umweltschutz, in der Politik,
81 bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen weiteren Orten. In ungezählten Stunden bringen sich viele
82 Menschen für die Gesellschaft ein. Und stützen somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
83 Alteingesessene und Neuzugewanderte packen im Land freiwillig an und füllen so manche Lücke in der
84 Versorgung. Wir Bündnisgrüne machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark.

85 Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler*innen
86 profitieren, attraktiver machen und den Inhaber*innen vergünstigte Fahrten im Öffentlichen
87 Personennahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die Dienste der

88 Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer eventuellen Fortbildung
89 aufkommen müssen. (Schlüsselprojekt)

90 Die freiwillige Arbeit junger Menschen wollen wir honorieren, wo wir nur können. Ein freiwilliges soziales,
91 ökologisches oder kulturelles Jahr ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung ebenso wie für
92 unsere Gesellschaft. Es muss dafür ausreichend Angebote geben. Wir werben auch dafür, dieses
93 Engagement zu berücksichtigen, etwa bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen. Auch in der
94 Schule wollen wir ehrenamtliches Engagement stärken, etwa die Mitarbeit bei der Schüler*innenvertretung
95 oder Schüler*innenzeitung. Die Schulen wollen wir ermuntern, den Schüler*innen den Einsatz innerhalb
96 eines Ehrenamtes näher zu bringen und dieses in Projekttag oder Wochen zu integrieren.

97 Die Arbeit der Freiwilligen benötigt auch professionelle Unterstützung. Deshalb wollen wir in der
98 Projektförderung für die Arbeit mit Geflüchteten die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen
99 einführen. (Schlüsselprojekt) Außerdem möchten wir Angebote zu Fortbildung, Beratung und Supervision
100 fördern. Wir wissen, dass der Staat für ein funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle
101 Sozialarbeit zuständig ist. Ehrenamtliches Engagement kann qualifizierte Arbeit, vor allem im
102 Sozialbereich, nur ergänzen, nicht ersetzen. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück der
103 aktiven Gesellschaft ist, wollen wir es vor Missbrauch schützen.

104 Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu
105 erwerben sind.